

Bearbeitung lokaler Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft - Orientierungspunkte und Handlungsempfehlungen

*Zitiervorschlag: Hohnstein, Sally (2020): Bearbeitung lokaler Konflikte in der
Einwanderungsgesellschaft - Orientierungspunkte und Handlungsempfehlungen. Halle (Saale): DJI*

Die folgenden Ausführungen basieren auf dem Zwischenbericht der Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention (AFS) am Deutschen Jugendinstitut Halle zur Studie „Bearbeitung lokaler Konflikte um Migration und Religion“ [Hohnstein, Sally/Paßlack, Jens (i.E.): Bearbeitung von Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft. Zwischenbericht. Halle (Saale): DJI].

Zur Studie „Bearbeitung von Konflikten um Migration und Religion“

In den vergangenen Jahren hat sich die gesellschaftliche Verhandlung von Fragen der Migration und der Ausgestaltung des Zusammenlebens in der Einwanderungsgesellschaft auf lokaler Ebene vielerorts konflikthaft niedergeschlagen. Konflikte entfachten beispielsweise um die Unterbringung von geflüchteten und neu zugewanderten Menschen und um die Präsenz von Migrantinnen und Migranten oder die Sichtbarkeit religiöser, insbesondere muslimischer Symbole im öffentlichen Raum. Für eine um Vielfalt, Demokratie und Extremismusprävention bemühte Praxis der Jugendarbeit stellen solche Entwicklungen eine besondere Herausforderung dar. Hierbei stellen sich aus Sicht der praxisorientierten Forschung der AFS verschiedene Fragen:

- In welcher Form manifestieren sich aus Sicht der Praxis im Handlungsfeld „Konflikte um Religion und Migration“?
- Welche Konfliktakteure, -zusammenhänge und -dynamiken werden von der Praxis wahrgenommen und adressiert?
- Welche Ansätze werden dabei verfolgt?

Im Fokus stehen dabei insbesondere die Erfahrungen, die in der alltäglichen Arbeit gewonnen werden:

- Was ist für das Gelingen von Bearbeitungsprozessen zuträglich bzw. unabdingbar?
- An welchen Stellen zeigen sich Herausforderungen und Schwierigkeiten sowie Spannungsfelder und Handlungsdilemmata?

- Wo sind Grenzen des fachlichen Handelns markiert und welche Entwicklungsbedarfe und -perspektiven sind identifizierbar?

In einem der Grounded Theory und damit einem zyklischen Prozess aus Feldgängen, leitfadengestützten Interviews und Auswertungsschritten folgenden, qualitativen Forschungsprojekt der AFS wurde diesen Fragen explorativ nachgegangen. Untersucht wurden im Rahmen von Recherchen und ersten Feldgängen ermittelte Angebote, die sich der Bearbeitung von Konflikten um Migration und Religion widmen und vom theoretischen Selbstverständnis her einen alle relevanten Konfliktakteure berücksichtigenden Ansatz verfolgen. Sie sind in verschiedenen (sozial-)pädagogischen Arbeitsfeldern verortet, unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Problemsichten und Handlungsfokuse, Ansätze und Methoden. Und dennoch findet sich in einigen zentralen Perspektiven und Vorgehensweisen Gemeinsames und Übergreifendes, das einen zusammenführenden und vergleichenden Blick legitimiert. So konstituieren die untersuchten Angebote trotz aller Unterschiedlichkeit ein analytisch abgegrenztes Handlungsfeld der ‚allparteilich‘ orientierten Konfliktbearbeitung in der Einwanderungsgesellschaft.

Wie umgehen mit lokalen Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft?

- Konfliktbearbeitungen als Erfahrungsräume begreifen, in denen demokratische Verfahren erlebbar werden

Die professionelle und konstruktive Bearbeitung von Konflikten, wie sie von den untersuchten Angeboten geleistet wird, ist eine aktuell und zukünftig relevante und hilfreiche Praxis, um lokale Konflikte in einer in ihrer Diversität zunehmenden Einwanderungsgesellschaft greifbar zu machen und in geregelte, fachlich fundierte Verfahren zu überführen.

Konfliktbearbeitungen sind demokratische Lernorte, in denen eine konstruktive, nicht-ausgrenzende und auf Kompromiss ausgerichtete Aushandlung von Interessen für die Menschen – vor Ort und mit konkretem lebensweltlichen Bezug – erfahrbar wird. Sie öffnet den Konfliktakteuren Räume, in denen die von den jeweils eigenen Interessen und Sichtweisen abweichenden Deutungen und Erwartungen wahrnehmbar werden und auf wechselseitig anerkennende Weise verhandelt werden können.

- Konflikte als Chance begreifen

Lokale Konflikte um Migration und Religion sind Ausdruck der sozialen Realität der Einwanderungsgesellschaft. Über sie werden u.a. Fragen von Zugehörigkeit und Teilhabe verhandelt. Sie sind Ausdruck, Triebfeder und Ressource von sozialem Wandel. Entscheidend ist nicht, Konflikte zu vermeiden, sondern eine gute Form zu finden, um Konflikte auszutragen. Dies ist Anspruch von Angeboten, die sich der professionellen Bearbeitung von Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft widmen.

In der Praxis sehen sich Angebote im Handlungsfeld jedoch nicht selten kommunalen und zivilgesellschaftlichen Strukturen mit einem anders gelagerten, alltagsbegrifflichen

Konfliktverständnis gegenüber, das Konflikte als negativ und dysfunktional definiert, weshalb Konflikte eher vermieden als angenommen und bearbeitet werden.

Gerade auf Seiten kommunaler Politik und Verwaltung braucht es aber ein Verständnis dafür, dass Konflikte immer auch als Chance zu begreifen sind, weil sie divergierende Interessen, Veränderungen und Entwicklungen im Gemeinwesen, aber auch Repräsentations- und Teilhabeungleichheiten in der Ortsgesellschaft sichtbar machen. Es bedarf einer klaren Positionierung und Rückhalt von Politik und Verwaltung für Konfliktbearbeitung als selbstverständliches Arbeitsfeld in der Kommune. Im Zusammenspiel mit lokalen Entscheidungsträgern und bestenfalls mit einer expliziten Mandatierung durch kommunale Verantwortliche sowie mittels Einbettung von Konfliktbearbeitung in kommunale Handlungsstrategien und Kooperationsnetzwerke – auch unter Einbeziehung öffentlicher Verwaltungen, sozialer Dienste, Ordnungs- und Sicherheitsbehörden – können konflikthafte Situationen vor Ort von Angeboten der Konfliktbearbeitung produktiv und zielgerichtet angegangen werden.

- Lokale Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft in ihrer Komplexität sichtbar machen und aufarbeiten

Lokale Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft sind in der Deutung der untersuchten Fachpraxis keine bipolaren Figurationen, wie öffentliche Diskurse über lokale Ereignisse dieser Art häufig implizieren. Sie sind im Gegenteil komplexe soziale Situationen, in denen unterschiedlichste Konfliktakteure und -gruppen mit je unterschiedlichen Interessen auftreten.

In der Bearbeitung lokaler Konflikte um Migration und Religion identifizieren Fachkräfte unterschiedlichste unmittelbare wie auch latente Konfliktthemen. Hinter migrations- und integrationsbezogenen Themen, Zuschreibungen und Deutungen liegen aus ihrer Sicht nicht selten verdeckte und weit über das Offensichtliche hinausweisende Konfliktlinien. Beispielhaft hierfür sind – als spezifisch ostdeutsche Elemente des kommunalen Gedächtnisses – die als stark desintegrativ wahrgenommenen Gemeinde- und Gebietsreformen der letzten 30 Jahre, der Niedergang ehemals attraktiver Plattenbausiedlungen des früheren DDR-Wohnungsbaus oder die ‚Übernahme‘ der Gemeinde (und Gemeindeverantwortung) durch die sog. ‚Wessis‘ in den Nachwendejahren. Solche unbearbeiteten Konflikte bieten Interpretationsmuster, mit denen aktuelle lokale Ereignisse und Veränderungen durch die Ortsbevölkerung gedeutet und eingeordnet werden. Auch sie müssen in der Bearbeitung der Konflikte als lebensweltlich relevanter Deutungsrahmen anerkannt und berücksichtigt werden, jedoch fordert ihre ‚Lösung‘ bzw. Bearbeitung andersgelagerte und weitreichendere Maßnahmen. Konfliktbearbeitungen können diese komplexen Probleme nicht lösen, können sie jedoch sichtbar machen und thematisieren.

Das Konflikthafte selbst äußert sich derweil auf unterschiedlichsten Ebenen. Es manifestiert sich räumlich – im topografischen wie im sozialräumlichen Sinn. Es kann sich an der topografischen Struktur bahnbrechen, z.B. in der sichtbaren Differenz zwischen dominanten und davon ‚abweichenden‘ Bebauungsstrukturen

(aneinandergrenzende Alt- und Neubauquartiere, Sammelunterkünfte in Einfamilienhausquartieren usw.) oder an Kontaktpunkten des öffentlichen Raums, und ist zugleich durch die Verbindung topografischer und sozialer Merkmale durch multiple soziale Ungleichheiten und damit verbundene wechselseitige Fremdheit und Abgrenzung geprägt. Konfliktlinien entspannen sich entlang verschiedener sozialer Kategorien wie Alter, Geschlecht, sozioökonomischer Status, Bildung oder ethnisch-kultureller Herkunft und sind in der Deutung der Fachkräfte gerade nicht auf Migration und Religion reduzierbar.

Zentral für ein differenziertes Verständnis der zu bearbeitenden lokalen Konfliktlagen ist vor dem Hintergrund der skizzierten Komplexität der Konflikte eine umfassende Analyse bzw. Anamnese des Konfliktgeschehens, die die Mehrdimensionalität sozialer Konfliktgeschehen in ihrer Vielschichtigkeit zu erfassen vermag.

- Aus einem breiten Spektrum von Bearbeitungsformen schöpfen

Zur Bearbeitung komplexer Konfliktlagen kann Konfliktbearbeitung Ansätze und Vorgehensweisen aus unterschiedlichen Feldern der sozialen und bildnerischen Arbeit nutzen und kombinieren. Mediations- und Vermittlungsverfahren und Dialogformate finden ebenso Anwendung wie medienpädagogische Arbeit, systemische Beratungsansätze und gemeinwesenorientierte, integrative soziale Arbeit, Konflikt- und Anti-Gewalt Trainings sowie sozialpsychologisch/-therapeutisch orientierte Gruppenkurse.

- Die Bearbeitung von ausgrenzenden Haltungen in den Blick nehmen

Bislang wenig Raum in den untersuchten Fällen haben Ansätze, die sich in der Auseinandersetzung mit Vorurteilen, Fremdenfeindlichkeit und politisch-weltanschaulichem Extremismus etabliert haben. Nur punktuell finden begegnungs- und vorurteilspädagogische Formate in der Arbeit mit Konflikttakteuren Anwendung. Hier empfehlen sich zukünftig – auch für modellhafte Erprobungen – methodische Bezugnahmen und Kooperationsmöglichkeiten.

- (Mediale) Öffentlichkeiten einbinden

Lokale Konflikte um Migration und Religion sind eingebettet in lokale, regionale und nationale Medien- und Diskursräume, die ihrerseits auf lokale Konfliktdeutungen Einfluss nehmen können. Medien können mittels stereotyper, sensationsorientierter Berichterstattung zur Verfestigung sozialer Identitäten und Differenzwahrnehmungen beitragen und Spaltungen von Ortsgesellschaften weiter befeuern oder aber – bei sachlicher und nicht-stigmatisierender Berichterstattung – zur Deeskalation von Konfliktlagen beitragen. Vor diesem Hintergrund ist intensive Öffentlichkeitsarbeit eine wichtige Konfliktbearbeitungsstrategie, die von einem Teil der befragten Fachkräfte sehr ernstgenommen wird und die gerade in eskalierten Konfliktsituationen mit überregionaler Reichweite erhebliche Ressourcen bündeln kann.

Im Fokus der Öffentlichkeits- und Medienarbeit der Fachkräfte stehen vor allem lokale und überregionale Presse und Rundfunk. Bislang dagegen kaum Gegenstand der Arbeit ist die Verhandlung von lokalen Konfliktgeschehen in den nur bedingt zugänglichen und zugleich schwer fassbaren Handlungsräumen des Internet und der Social Media-Netzwerke – auch wenn sie aus Sicht der Fachkräfte ein zentraler Konfliktkontext sind – nicht zuletzt aufgrund der vielfältigen Falschmeldungen zu Konfliktgeschehen oder dem Engagement von Konfliktbeteiligten in Social Media-Gruppen. Zu prüfen und zu diskutieren ist, inwieweit diese Kontexte in die Bearbeitung von Konfliktgeschehen als parasoziale Lern- sowie Konfliktorte einbezogen werden bzw. inwieweit sie überhaupt als Raum für kommunikativ-aushandelnde und mediiierende Konfliktbearbeitungsprozesse geeignet sind.

- Ungleichheiten in der Arbeit reflektieren und thematisieren

Eine zentrale Herausforderung in der Arbeit ist, die sozialen Ungleichheiten, die sich entlang der Konfliktlinien abzeichnen, in der Bearbeitung fortwährend zu reflektieren und zu hinterfragen. So besteht die Gefahr, die Konfliktdeutungen derjenigen etablierten, sozioökonomisch starken und in der Stadtgesellschaft gut vernetzten Akteure zu übernehmen, die am Erhalt der etablierten „Ordnung“ im Quartier interessiert sind und in der Regel überhaupt erst definieren, problematisieren und öffentlich diskutieren, was das Konflikthafte sei. Die Positionen und Deutungen der ressourcenschwächeren „Konfliktobjekte“ – die der jungen Menschen, der sozial Schwächeren und/oder der zugewanderten Menschen – sind dagegen nicht öffentlich und leise. Zugleich sind letztere Adressatengruppen – wie auch in anderen Handlungsfeldern der Sozialen und pädagogischen Arbeit – schwerer adressierbar und nur bedingt interessiert, sich in Prozesse der Konfliktbearbeitung einzubringen, in denen sie und ihr Verhalten als soziales Problem verhandelt werden. Dies gilt es nicht aus dem Blick zu verlieren und trotz aller Widerstände zu versuchen, gegen starre Zuschreibungen von Konfliktrollen – den ‚Problematisierenden‘ und den ‚Problematisierten‘ – anzuarbeiten.

- Angemessene und fachlich reflektierte Umgangsweisen mit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Islamfeindlichkeit finden

Fremdenfeindliche, rassistische, islamfeindliche und rechtsextreme Äußerungen sind alltägliche Realität von Fachkräften, die mit der Bearbeitung von Konflikten in der Migrationsgesellschaft befasst sind. Eine Herausforderung ist dabei, nicht zu pauschalisieren, sondern vielmehr nach Zugänglichkeit der Adressatinnen und Adressaten zu differenzieren und entsprechende Positionierungen in einem Spektrum von offen rassistisch auftretenden rechtsextremen und nationalistischen Akteuren bis hin zu Bürgerinnen und Bürgern mit diffusen (Status-)Ängsten und Unsicherheiten zu verorten.

Zunächst gilt es, entsprechend geframte Konfliktsichten zu erkennen und einzuordnen und sich selbst fortwährend von diesen zu distanzieren und fremdzumachen. Hier besteht für Fachkräfte die Herausforderung, die im Konfliktdiskurs tradierten Zuschreibungen, Homogenisierungen, Stereotypisierungen

und Abwertungen zu vermeiden und nicht selbst mit zu reproduzieren und Konfliktsichten zu versachlichen. Dies schließt nicht aus, tatsächliche Probleme des Zusammenlebens in der Einwanderungsgesellschaft klar zu benennen und als bearbeitbare Konfliktthemen anzugehen.

Im Umgang mit ausgrenzenden, abwertenden und rechtsextremen Haltungen navigieren Fachkräfte in einem Spannungsfeld zwischen Akzeptanz und Grenzziehung. Aus einer vom Ansatz her allparteilich orientierten Arbeit heraus gilt es, zunächst auf alle an einer Konfliktbearbeitung interessierten Akteure zuzugehen, ohne dabei problematische Haltungen und Verhaltensweisen zu relativieren oder zu ignorieren. Dabei müssen individuelle Ertragens- und Aushaltensgrenzen markiert, Rollenkonflikte erkannt und Instrumentalisierungen vermieden werden.

In jedem Fall muss aber geprüft werden, welche der Konfliktparteien überhaupt an einer Bearbeitung der Konfliktlage interessiert sind. Akteure, die eine Spaltung der (Orts-)Gesellschaft anstreben und von der Eskalation kommunaler Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft zu profitieren suchen – so z.B. politische rechtsextreme und rechtspopulistische Akteure – sind aus fachlicher Sicht als Adressatengruppe zu hinterfragen, da sie eher blockieren als lösungsorientiert mitarbeiten.

- Konfliktkompetenz und -bereitschaft fördern

Fachkräfte problematisieren, dass konfliktbeteiligte Bürgerinnen und Bürger die eigene, individuelle (Mit-)Verantwortung für Konflikte zum Teil von sich weisen, die Arbeit am Konflikt mit Anderen scheuen und stattdessen die Bearbeitung qua Mandatierung auf die Kommune – insbesondere auf Ordnungs- und Sicherheitsbehörden – delegieren. Fachkräfte interpretieren dies u.a. als Zeichen für mangelnde Konfliktkompetenz, aber auch als Ausdruck eines passiv-konsumierenden Bürgerverständnisses, das der kommunalen Verwaltung in erster Linie die Erbringung von Dienstleistungen „am Bürger“ abfordert. Eine konflikt sensible Bearbeitung setzt jedoch die Einsicht und Bereitschaft aller beteiligten Konfliktparteien voraus, sich dem Konfliktthema zu stellen und gegebenenfalls Kompromisse einzugehen.

Hier steht im grundsätzlicheren Sinne das Verhältnis von Individuum und Staat (bzw. Gemeinwesen) zur Diskussion und unterstreicht einmal mehr die fortwährende Aufgabe für die politische Bildung, Angebote bereitzustellen, in denen aktive Bürgerschaft und Partizipation sowie demokratische Formen des Streits und der Kompromissfindung erlernbar und erprobbar sind. Zugleich formuliert sich ein Handlungsauftrag an gesellschaftliche Institutionen, wie schulische und außerschulische Bildungsorte oder kommunale Verwaltungen, selbst Orte erlebbarer Demokratie und demokratischer Interessenaushandlung zu sein.

- Langfristige Perspektiven für Konfliktbearbeitung schaffen

Konfliktbearbeitung ist ressourcenintensiv: Zugänge zu unmittelbaren und mittelbaren Konfliktbeteiligten und deren Konfliktsichten wie auch zu zentralen Stakeholdern, Vermittlern und Kooperationspartnern zu erschließen, ist zeitintensiv. Die Pflege von kommunalen Kontakten und Netzwerken braucht verstetigte Handlungsspielräume

sowie bekannte und vertraute Ansprechpersonen in den Angeboten. Und die Bearbeitung der Konfliktlagen selbst ist eine langfristige Aufgabe, soll sie an den Konfliktursachen ansetzen, möglichst ein breites Spektrum von konfliktrelevanten Akteuren einbeziehen und für alle Beteiligten die Prozesse der demokratischen Interessenartikulation und -aushandlung erfahrbar machen. Damit Konfliktbearbeitung nicht nur „Feuerwehrpolitik“ bleibt, sind dauerhafte strukturelle Verankerungen sowie finanzielle und personelle Ausstattungen der Angebote angeraten.

Zusammenfassung

Professionelle Konfliktbearbeitung macht lokale Konflikte in der diversen Einwanderungsgesellschaft in ihrer Komplexität sichtbar und bearbeitbar.

Sie bietet ein breites Spektrum fachlich fundierter, geregelter Verfahren und Vorgehensweisen aus unterschiedlichen Feldern der sozialen und bildnerischen Arbeit. Professionelle Konfliktbearbeitung arbeitet systemisch und kooperativ unter Einbeziehung vielfältigster unmittelbar und mittelbar relevanter Akteure im Gemeinwesen und darüber hinaus. Kommune und (mediale) Öffentlichkeiten sind dabei wichtige Partner.

Konfliktbearbeitungen können, unter professioneller Begleitung, demokratische Prinzipien im Sozialraum erfahrbar machen. Sie haben das Potential, zu Lernorten zu werden, in denen eine konstruktive, nicht-ausgrenzende und auf Kompromiss ausgerichtete Aushandlung von Interessen für die Menschen, vor Ort und mit konkretem lebensweltlichen Bezug, praktiziert wird.

Professionelle Konfliktbearbeitung braucht dafür konflikt sensible kommunale Strukturen, die Konflikte als Chance begreifen und Konfliktbearbeitung als selbstverständliches und unterstützenswertes Arbeitsfeld in der Kommune erachten sowie langfristige Perspektiven. Soll Konfliktbearbeitung mehr als „Feuerwehrpolitik“ sein, braucht es dauerhafte strukturelle Verankerungen sowie finanzielle und personelle Ausstattungen der Angebote.

Konfliktbearbeitung vor Ort ist auf die Unterstützung lokaler Entscheidungsträger angewiesen und sollte in kommunale Handlungsstrategien und Kooperationsnetzwerke – mit Beteiligung öffentlicher Verwaltungen, sozialer Dienste, Ordnungs- und Sicherheitsbehörden – einbezogen sein.

Zentrale Herausforderungen und Entwicklungsaufgaben im Handlungsfeld betreffen den Umgang mit und die flankierende Bearbeitung von ausgrenzenden Haltungen, den Umgang mit rechtsextremen Konfliktakteuren, die Einbindung und Adressierung von Konflikträumen in den Sozialen Medien, die Reflexion und Thematisierung von sozialen Ungleichheiten in der Arbeit.